

Ausbildung statt Abschiebung!

Kundgebung Regensburger PädagogInnen gegen
Ausbildungsverbote für Flüchtlinge und
für das Bleiberecht afghanischer Jugendlicher

17.12.2016 13.00 Uhr Hinterer Kassiansplatz

Trotz nachweislich guter Integration und ausreichenden Deutschkenntnissen der von uns betreuten Jugendlichen wird ihnen in vielen Fällen die Erlaubnis zur Ausbildung verweigert, da dies „den Status in Deutschland verfestigen“ und damit eine Abschiebung erschweren würde. Hintergrund dafür ist eine entsprechende Weisung des bayr. Innenministeriums vom 1. September und ein kaum weniger scharfes Schreiben des Bundesministeriums des Inneren vom 01.11.2016. Entscheidend für die Erlaubnis zur Ausbildung sind die Anerkennungschancen der Jugendlichen. Diese werden jungen Menschen aus Afghanistan jedoch pauschal abgesprochen. Einzelfälle spielen keine Rolle mehr.

Den Jugendlichen droht damit ein Leben in Angst und in der Warteschleife. Damit können die Erfolge von Jugendhilfe und Schule in hunderterten Fällen zunichte gemacht werden. Das bringt nicht nur die Flüchtlinge, sondern auch uns PädagogInnen, LehrerInnen und UnterstützerInnen zur Verzweiflung.

Wir fordern die Erlaubnis von Ausbildungen!

Aus Sicht der IHK (vgl. SZ vom 16.11.2016) stellt die Gruppe junger Flüchtlinge einen wichtigen Beitrag zur Sicherung von Fachkräften dar. Ausbildungsbetriebe suchen händeringend nach Lehrlingen. Wie die MZ am 20.09.2016 berichtet, sind Ende September in Regensburg noch 644 Ausbildungsplätze unbesetzt, davon 108 im Bäckergewerbe und der Gastronomie.

In den vergangenen Jahren wurde sehr viel Geld, Zeit und Kraft der HelferInnen darin investiert, die jungen Menschen bei der Integration zu unterstützen. Die Jugendlichen wollen sehr zielstrebig ein eigenes Leben aufbauen. Doch nun dominieren die Angst vor Abschiebung und der Zwang zur Untätigkeit.

Wir fordern eine sofortige Kurskorrektur, eine Rücknahme der Erlasse und ein klares Ja zur Integration von Flüchtlingen. Unbegleitete Jugendliche verdienen einen besonderen Schutz und haben ihn im Raum Regensburg auch erhalten.

Die aktuelle Regelung macht unsere pädagogische Arbeit zunichte und muss zurückgenommen werden.

In Afghanistan herrscht Krieg. Allein im ersten Halbjahr 2016 gab es über 1.600 Tote und mehr als 3.500 Verletzte unter der afg. Zivilbevölkerung. Bombenanschläge und „verschwinden lassen“ sind an der Tagesordnung. Es gibt keine sicheren Regionen in Afghanistan, wie die neuesten Anschläge zeigen.

Seit einigen Monaten versucht die Bundesregierung dennoch wieder Abschiebungen nach Afghanistan zu forcieren. Dies betrifft auch die von uns geförderten und betreuten Jugendlichen. Die Verunsicherung und die Angst unter den betroffenen Personen sind groß.

Im Rahmen unserer Tätigkeit konnten wir auch mehrmals erleben, dass bei Anhörungen der Flüchtlinge am BAMF in Regensburg die Fluchtursachen keinerlei Beachtung mehr finden. Derzeit besteht die Tendenz, Asylanträge von jungen afghanischen Flüchtlingen pauschal abzulehnen und kaum noch Spielräume offen zu lassen.

Wir fordern deshalb:

- Aufhebung der Arbeits- und Ausbildungsverbote
- Zurücknahme des Schreibens des bayerischen Innenministeriums vom 01.09.2016
- Durchführung von fairen und auf Einzelschicksale bezogene Asylverfahren
- Afghanistan ist kein sicheres Herkunftsland.
Keine Abschiebungen nach Afghanistan!